

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-005054/2025

an die Kommission

Artikel 144 der Geschäftsordnung

Loránt Vincze (PPE), Hannes Heide (S&D), Raquel García Hermida-Van Der Walle (Renew), Oihane Agirregoitia Martínez (Renew), Annamária Vicsek (Pfe), Kinga Gál (Pfe), Viktória Ferenc (Pfe), Waldemar Tomaszewski (ECR), Gabriella Gerzsenyi (PPE), Zoltán Tarr (PPE), Kinga Kollár (PPE), Dóra Dávid (PPE), András Tivadar Kulja (PPE)

Betrifft: Ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Einhaltung der europäischen Werte und des Unionsrechts in der Slowakei

Als Mitglieder des Europäischen Parlaments sind wir zutiefst besorgt über die jüngsten Änderungen des slowakischen Strafgesetzbuchs, wodurch eine Person – u. a. mit Freiheitsstrafe von bis zu sechs Monaten – bestraft werden kann, wenn sie die sogenannten Beneš-Dekrete kritisch hinterfragt. Zu diesen Dekreten gehören Verordnungen, die die Enteignung von unbeweglichem Vermögen aufgrund der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit ermöglichen.

Während die Kommission die Dekrete zuvor als historische Rechtsakte eingestuft hat, geht aus Informationen des slowakischen Landfonds hervor, dass in den letzten Jahren Grundstücke von Hunderten von Einzelpersonen, darunter Bürger anderer EU-Mitgliedstaaten, unter Rückgriff auf diesen Rechtsrahmen ohne Entschädigung enteignet wurden. Dies deutet darauf hin, dass diese Dekrete nach wie vor rechtliche Wirkungen haben. Solche Praktiken geben Anlass zu ernsthaften Bedenken hinsichtlich der Einhaltung des Unionsrechts.

1. Wie bewertet die Kommission die Vereinbarkeit dieser nationalen Praktiken mit der Rechtsstaatlichkeit, einschließlich der fortdauernden rechtlichen Wirkungen der Dekrete im Hinblick auf Eigentumsrechte?
2. Wie bewertet die Kommission Rechtsvorschriften, mit denen öffentliche oder akademische Diskussionen über die Dekrete strafrechtlich geahndet werden können, im Hinblick auf das Recht auf freie Meinungsäußerung?
3. Wie gedenkt die Kommission sicherzustellen, dass EU-Mittel nicht zur Unterstützung diskriminierender Praktiken verwendet werden und dass der freie Kapitalverkehr uneingeschränkt gewahrt wird?

Eingang: 22.12.2025